

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Abgrund Afghanistan

Bilanz eines Krieges
Afghanistan und seine Nachbarn
Virus in gefährlicher Region
Indiens Politik in Afghanistan

WeltBlick

Bürgerkrieg in Südsudan
Norwegens Migranten
Tod eines UN-Generalsekretärs

Streitplatz

Mehr Kapitalismus?

Forum

Polen und der Euro

1914 – Wessen Schuld?

Bücher & Tagungen

Inhalt

1

Editorial

4

WeltBlick

5

Staatsaufbau in Südsudan?
Renate Schmidt

11

Norwegens Migrationspolitik
Franka Oswald

17

Tod eines UN-Generalsekretärs
Henning Melber



22

Zwischenruf: Horchen und Kontrollieren
Attila Király

24

Thema: Abgrund Afghanistan

27

34 Jahre Krieg – eine Bilanz
Thomas Ruttig

40

Indiens Politik nach 2014
Shanthie Mariet D'Souza

50

Virus in der Region
Diethelm Weidemann

61

Afghanische Nachbarschaften
Said Reza Kazemi

70

Afghanistan – eine Chronik



72

Historie: Der Kriegsausbruch von 1914
Jürgen Angelow

79

Nachruf: Nelson Mandela
Thandika Mkandawire



Streitplatz: Mehr Kapitalismus?

84

- | | |
|---|----|
| Von Vorteilen und Gleichgewichten <i>Albrecht Goeschel</i> | 85 |
| Eurokrise ohne Ende? <i>Helmut Matthes</i> | 89 |
| Zehn Thesen zur Systemkrise <i>Lutz Kleinwächter</i> | 93 |
| Kapitalismus ja – aber richtig! <i>Hartmut Elsenhans</i> | 97 |

Forum: Polen und der Euro

102

- | | |
|--|-----|
| Chancen und Gefährdungen <i>Maciej Walkowski</i> | 103 |
| Perspektiven des Euro in Polen <i>Jerzy Babiaki</i> | 108 |
| Annäherung an die Eurozone <i>Marta Götz</i> | 113 |



Bücher und Tagungen

118

- | | |
|------------------|-----|
| Rezensionen | 119 |
| Annotationen | 129 |
| Neuerscheinungen | 132 |
| Konferenzen | 134 |
| Impressum | 141 |

Partnerschaft mit den USA kritisch erneuern

Kommentar von Stefan Liebich

142

Wort und Strich

144

Horchen und Kontrollieren

Von Attila Király

Größes Empören machte sich breit in Deutschland, nachdem publik wurde, was die USA alles geheimdienstlich ausforschen. Mitten im Bundestagswahlkampf 2013 hatte die SPD Kanzlerin Angela Merkel vorgeworfen, ihren Amtseid gebrochen zu haben. Weil sie nicht schärfer gegen die Machenschaften der US-Geheimdienste auf deutschem Boden vorgegangen sei. Sie ließ tatsächlich abwiegeln. Erst als auch Merkels Handy abgehört war, begann die CDU, Empörung zu zeigen. Die Kanzlerin erklärte, das ginge „unter Freunden“ gar nicht. Sind die USA und Deutschland „Freunde“? Detlef Junker, Spezialist für die Beziehungen beider Staaten, schrieb vor über zehn Jahren: „In geostrategischer Hinsicht war die Eindämmung der Macht des deutschen Nationalstaates im Zentrum Europas ein Leitmotiv amerikanischer Europapolitik seit dem Zeitalter des Imperialismus, als das wilhelminische Deutschland und ein imperiales Amerika ihren Status als regionale Großmächte sprengen und konkurrierende Weltmächte wurden. Deutschland wurde nur dann zu einem Problem für die Vereinigten Staaten, wenn es zum Hegemon oder Unterdrücker Europas aufzusteigen drohte. Die von Europa weit entfernten USA fürchteten, anders als Deutschlands europäische Nachbarn, nie den 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat, aber immer die rivalisierende Weltmacht.“ Dieses Motiv – ungeachtet von NATO und Freundschaftsbündnissen – dürfte erneut einen wichtigen Platz in den außenpolitischen Kalkülen Washingtons einnehmen.

Zugleich setzte der SPD-Vorwurf auf historisches Vergessen. Sämtliche deutsche Bundesregierungen haben an der Umsetzung der US-Praktiken mitgewirkt. Nach 1945 unterstand alles in Deutschland der Entscheidungsgewalt der vier Besatzungsmächte, die ihre jeweiligen Geheimdienste auf deutschem Boden in Stellung brachten. Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten wurden auch wieder deutsche Geheimdienste geschaffen, die jeweils „ihren“ Siegermächten affiliert waren. Nach Einführung der Notstandsgesetze wurde 1968 eine gesonderte Vereinbarung der BRD mit den drei Siegermächten getroffen, wonach deren Dienste auch weiterhin deutsche Bürger

ausforschen können, und zwar gegebenenfalls mit Unterstützung der (west-)deutschen Dienste. Das war die Regierung der ersten Großen Koalition, mit Willy Brandt (SPD) als Vizekanzler. Diese Vereinbarungen haben – „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990 über deutsche Vereinigung und Souveränität hin oder her – noch heute Gültigkeit. Der „Kanzler der Einheit“, Helmut Kohl (CDU), hatte es offenbar verabsäumt, auch dieses „alliierte Vorbehaltsrecht“ zu kassieren – oder aber es war Bedingung des damaligen US-Präsidenten Bush I für seine Zustimmung zur deutschen Vereinigung, genau dies nicht zu tun. Inzwischen verdichteten sich die Anzeichen, dass es einen geheimen Briefwechsel zwischen beiden Regierungen in dieser Sache gab, der jedoch noch immer einen Geheimhaltungsstempel trägt. Die Spitzelei der USA in Deutschland erscheint als besonderes Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit. Auch der britische Geheimdienst hat in Berlin herumspioniert, ebenfalls von der Botschaft aus. Darüber hinaus haben die USA auch andere Staatschefs abgehört, darunter die Präsidentin Brasiliens, die darauf besonders scharf reagierte. Kürzlich wurde bekannt, dass auch der indonesische Präsident ausgeforscht wurde, diesmal von Australien aus.

Offensichtlich existiert ein Zusammenhang. Im Epilog zu seinen Weltkriegsmemoiren betont Winston Churchill (1957) seine Rede in Fulton 1946. Darin drängte er „auf die Fortdauer der speziellen angloamerikanischen Partnerschaft“ für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die sollte „auf alle Länder des britischen Commonwealth angewandt werden“. Hier waren nicht die früheren Eroberungskolonien gemeint, sondern die englischsprachigen Siedlungskolonien, also Kanada, Australien, Neuseeland. In dem Epilog resümiert Churchill: „In den nächsten drei Jahren begannen diese Ideen Gestalt anzunehmen [...]“. Das bedeutet, das globale Machtkonstrukt, in dessen Zentrum die USA stehen, ist strukturiert wie eine russische Matrjoschkapuppe: Im Inneren die USA als imperialer Machtstaat, darum herum das geheime Geflecht der besonderen Beziehungen mit den anderen angelsächsischen Staaten, dann die NATO und schließlich die UNO, die aus Sicht der USA nur instrumentelle Bedeutung hat. Deutschland als konkurrierende Macht ist zwecks Kontrolle eingeordnet in den zweiten Ring, die NATO. Ein „No-Spy-Abkommen“ widerspräche dieser Logik. 🌐